

## **KOMPAKT**

### Akutplan für soziales und bezahlbares Wohnen

Mit einem „Akutplan für soziales und bezahlbares Wohnen in Deutschland“ haben fünf soziale Organisationen und Verbände der Bauwirtschaft am Donnerstag in Berlin Bund, Länder und Kommunen zu einem konsequenten Kurswechsel in der Wohnungsbaupolitik aufgerufen.

Ziel müsse es sein, die Zahl der Sozialwohnungen von derzeit nicht einmal 1,2 Millionen bis 2030 auf eine 2-Millionen-Marke zu heben, fordert das Verbändebündnis „Soziales Wohnen“. Hierfür sei es in den kommenden zehn Jahren notwendig, mindestens 155.000 Sozialwohnungen pro Jahr neu zu schaffen – vor allem durch Neubau, aber auch durch den Ankauf von Belegrechten an bestehenden Wohnungen. Zusätzlich müssten 60.000 bezahlbare Wohnungen neu gebaut werden. Hierdurch sei insbesondere in Städten und Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten eine Dämpfung der Mietpreise zu erreichen.

Der Staat müsse den sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau mittelfristig verlässlich fördern, um der Bauwirtschaft Anreize für den Aufbau notwendiger Kapazitäten zu geben. Insgesamt seien hierfür bis 2030 mindestens 9,3 Milliarden Euro pro Jahr notwendig. Um den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln, sollen Kommunen rasch mehr Bauland bereitstellen. Die Grundstückspreise dürften dabei einen Quadratmeterpreis von 300 Euro jedoch nicht überschreiten, da sonst ein sozialer Wohnungsneubau wirtschaftlich nicht mehr möglich sei.

Mit Blick auf Ältere und Behinderte soll es beim sozialen Wohnungsbau künftig eine 10-Prozent-Quote für barrierefreie Wohnungen geben. Zudem sollen kommunale „Wohn-Härtefallkommissionen“ über die Vergabe von einem 10-Prozent-Kontingent der Sozialwohnungen vor Ort entscheiden, fordert das Bündnis „Soziales Wohnen“. Für den bezahlbaren Wohnungsneubau müsse es eine Sonderabschreibung geben. Ebenso sei die grundsätzliche Erhöhung der sachgerechten linearen AfA von 2 auf 3 Prozent für den Wohnungsbau insgesamt längst überfällig.

Den „Akutplan soziales und bezahlbares Wohnen in Deutschland“ hat das Verbändebündnis gemeinsam mit dem Pestel-Institut (Hannover) vorgestellt, das dazu eine gleichlautende Studie gemacht hat. Im Bündnis „Soziales Wohnen“ haben sich der Deutsche Mieterbund, die IG BAU, die Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie sowie der Baustoff-Fachhandel und die Mauersteinindustrie zusammengeschlossen.